

"Ein hoher Preis" in Süddeutsche Zeitung (1. März 1957)

Legende: Am 1. März 1957 kommentiert die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung die Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) am 25. März 1957 in Rom und fragt nach den Auswirkungen, die die Bestimmungen über den Gemeinsamen Markt auf die deutsche Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Welthandel haben werden.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; R Herausgeber Friedmann, Werner. 01.03.1957, Nr. 52; 13. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Ein hoher Preis", auteur:Thoma, Franz , p. 9.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ein_hoher_preis_in_suddeutsche_zeitung_1_marz_1957-de-3d9a3268-b037-47af-ac45-0c1db23d7c6f.html



Publication date: 05/11/2015

Ein hoher Preis

Die Würfel sind gefallen: im März soll in Rom der Vertrag über Gemeinsamen Markt unterzeichnet und falls von den Parlamenten ratifiziert am 1. Januar 1958 in Kraft gesetzt werden. Offen sind nur noch Einzelfragen; das Grundsätzliche ist geklärt. Nach dem recht kläglichen Ende so vieler Europaprojekte der Vergangenheit – nur die Kohlen – und Stahlgemeinschaft macht hier eine Ausnahme – also endlich ein greifbarer Erfolg, allen willkommen, die weiter als bis zum eigenen Grenzpfahl denken. Indes – die allgemeine Aufgeschlossenheit ist einer sichtlich kühlen Beurteilung gewichen, seit Einzelheiten bekannt wurden. Und das ist verständlich.

Schaut man nämlich genauer hin, so haben wir nicht viel Grund zu überschwenglicher Begeisterung – mit zu vielen Vorbehalten, Hypothesen, auch Opfern, ist das Ganze belastet. Man wird noch darüber hinwegsehen können. Daß sich von Anfang an nur eine kleineuropäische Lösung anbietet wo doch eine internationale Arbeitsteilung um so sinnvoller wird, in je größeren Räumen sie sich abspielt. (Schon aus dieser Sicht wäre einer Freihandelszone der 17 europäischen OEEC-Staaten der Vorzug zu geben. Trotzdem bliebe es noch ein großer Fortschritt würde die Freizügigkeit für alle Waren, Dienstleistungen und für Wahl des Arbeitsplatzes wenigstens zunächst innerhalb der sechs Länder tatsächlich verwirklicht und würden diese Länder damit auch politisch zusammenwachsen. Gesteigerte Leistungsfähigkeit wie höherer Lebensstandard wären die Begleiterscheinungen – wer wollte sich dafür nicht erwärmen?

In der praktischen Durchführung freilich gibt es starke Einschränkungen. Dafür, daß Wirkung der Zollfreiheit durch Ausnahmelisten gedämpft wird, kann man triftige Gründe geltend machen. Jedes der Länder – auch die Bundesrepublik – hat nun eben einmal strukturell schwache Industriezweige, die sie nicht von heute auf morgen stilllegen können. Schwere wiegt, daß der mit der Bundesrepublik wirtschaftlich bedeutendste Partner, Frankreich, von Anfang an ein *Sonderstatut* erhält, das es diesem Land ermöglicht, in den Gemeinsamen Markt sein verwirrendes und in der Wirkung die eigentlichen Zölle vielfach überspielendes System der Ein- und Ausfuhrabgaben einzubringen, sich so gegen die Konkurrenz der Partner abzuschirmen und sich zugleich deren Wirtschafts- und Finanzkraft zu sichern. Wenn außerdem, da die deutschen und die französischen Bauern offensichtlich in ständiger Angst voreinander leben, die Landwirtschaft praktisch ganz ausgenommen wird, bleibt von der Freizügigkeit nur ein Bruchteil übrig. Jene Europäische Kommission, die als bürokratischer Oberbau die Zollunion durchführen soll, dreht somit mehr zur Verwalterin eines Protektionismus denn zur liberalen Institution zu werden, wobei der Protektionismus überdies durch den einheitlichen Außenzoll gegenüber dritten Ländern konserviert wird. Daß dieser Außenzoll aus dem arithmetischen Mittel der bestehenden Zölle errechnet wird, beschert Niedrigzoll-Ländern wie der Bundesrepublik und Holland Zollerhöhungen.

Von ihnen wird ein umso größerer Teil der westdeutschen Import betroffen, als sich diese gerade im letzten Jahr auf Übersee und hier wiederum besonders auf den Dollarraum verlagert haben. Es ist noch ungeklärt, inwieweit der Gemeinsame Markt die Zollzugeständnisse, die seine einzelnen Mitglieder bis heute dritten Staaten innerhalb des Allgemeinen Genfer Zoll und Handelsabkommens (GATT) eingeräumt haben, übernehmen wird. England will untersuchen, ob sich die Einbeziehung der Kolonien in den Gemeinsamen Markt mit den GATT-Bestimmungen überhaupt vereinbaren läßt. Die USA; der Zollunion im Prinzip aufgeschlossen, werden ebenfalls wie Kanada und andere Länder im Frühjahr auf der GATT-Konferenz ihre Zollbegünstigungen zu retten versuchen, und man kann nur wünschen, daß dies gelingt. Denn sonst liefe, nachdem unser freier Import – Spielraum schon mengenmäßig begrenzt wird, die Zollunion im Effekt auf eine zusätzliche *Diskriminierung* des Handels mit *dritten Ländern* hinaus. Von der handelspolitischen Problematik ganz abgesehen kann das durchaus nicht im deutschen Interesse liegen; haben doch gerade die gesteigerten preiswerten Überseeimporte der letzten Zeit wesentlich zur relativen Preisstabilität in der Bundesrepublik beigetragen.

Dies führt zu einer großen Lücke der Zollunion – der fehlenden Abstimmung der Währungspolitik. Sie entgegen den deutschen Vorstellungen auf die Basis der Freiwilligkeit stellen, heißt auf sie verzichten, wie das Beispiel des Europäischen Wirtschaftsrats zeigt, der daran praktisch gescheitert ist. Die autonome Währungspolitik wird nur zur Folge haben, inflationistischen von Staaten mit eindeutig inflationistischen Tendenzen (wie Frankreich und Italien) ausgehende Prozess der Preissteigerungen auf die Partner mit

gesunder Finanz –und Geldpolitik (wie Holland und Westdeutschland) noch nachhaltiger übertragen wird, als die heute schon über die unechten Währungsparitäten geschieht. Nur durch Abwertung überwerteter Währungen, vor allem des französischen Franken und der italienischen Lira, wäre dem zu begegnen – eine harte Alternative der man seit Jahren mit Erfolg aus dem Wege geht, was letztlich jeder Bundesbürger mit höheren Preisen im eigenen Land bezahlen muß. Die schwachen Währungen werden sich den stabilen wie Blei ans Bein hängen; es droht zu einer Ausrichtungen nach dem *schlechten* statt nach dem guten *Geld*, nach unten statt nach oben zu kommen.

Zweifellos sind in Brüssel auch manche brauchbaren Kompromisse zustandegekommen; dazu zählt der über das Verkehrswesen und über den Interzonenhandel. Dieser wickelt sich wie bisher ab, so daß die Sowjetzone entgegen ursprünglichen Befürchtungen keineswegs zoll-politisches Ausland wird. Dagegen bleibt der Einschluß der Überseegebiete die schwerste Hypothek. Es geht dabei nicht „nur“ darum, daß Frankreich mit 511 Mill. Dollar den Löwenanteil der Gelder empfängt und die Bundesrepublik den Löwenanteil von 200 Mill. Dollar aufbringt. Schwerer wiegt vielmehr die Gefahr, daß sich die Bundesrepublik mit einer absterbenden *Kolonialpolitik identifiziert*. Nur eine Verwendung der Gelder im eigenen Interesse der Kolonialgebiete gewährleistet, daß der gemeinsame Investitionsfonds die reibungslose Ablösung der Kolonialpolitik erleichtert und nicht zum Instrument ihrer Verlängerung wird. Eine solche Verwendung ist aber noch in keiner Weise sichergestellt.

Obwohl die Linie feststeht – manche noch auszuhandelnde Einzelheit wird dazu beitragen können, unerwünschte Entwicklungen zu vermehren und die *trotz allem übernommenen Hypotheken* auf ein erträgliches Maß zu bringen. Dies scheint schon deshalb notwendig, weil sich der ganze Brüsseler Kompromiß ohnehin der Grenze des Zumutbaren genähert hat.